



>>> WELTERNÄHRUNG SICHERN

GLOBALE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ENTWICKLUNGS- UND AGRARPOLITIK

Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
vom 30. Juni 2009

Weltweit hungern eine Milliarde Menschen, sterben täglich 20.000 Kinder an Unterernährung und haben 500 Millionen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Der ländliche Raum ist der Lebensraum für rund 80 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern. Gleichzeitig leben auch rund drei Viertel der in extremer Armut lebenden Menschen in ländlichen Gebieten. Die geringe Produktivität der Landwirtschaft, geringe wirtschaftliche Perspektiven außerhalb der Landwirtschaft sowie die lückenhafte Verkehrs-, Gesundheits-, und Bildungsinfrastruktur führen zu sozialem Sprengstoff und Landflucht, auch über Landesgrenzen hinaus. Dennoch haben Entwicklungsgeber und die Regierungen vieler Entwicklungsländer in den vergangenen Zehn Jahren die Investitionen in ländliche Entwicklung nicht etwa erhöht, sondern oftmals reduziert.

Auch wenn sich die Ernährungskrise im Jahr 2008 durch bessere Ernten und durch den mit der Weltwirtschaftskrise einhergehenden Nachfragerückgang etwas entspannt hat, wird diese Entspannung aber vor allem wegen des vornehmlich auf die Entwicklungsländer entfallenden Bevölkerungswachstums, durch die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen – insbesondere Biokraftstoffen – und nach veredelten Nahrungsmitteln in den Schwellenländern nur von kurzer Dauer sein. Hinzu kommt, dass die Menschen in den Entwicklungsländern zwischen 50 und 70 Prozent ihres Einkommens für Ernährung ausgeben, während es in den OECD-Ländern nur etwa Zehn Prozent sind. Eine nur geringe Erhöhung der Nahrungsmittelpreise hat für die Armen in Entwicklungsländern existenzbedrohende Auswirkungen, die im vergangenen Jahr in einigen Staaten bereits zu sozialen Unruhen geführt haben. Neben der Sicherstellung der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist es daher auch eine zentrale Herausforderung, diese zu bezahlbaren Preisen bereitzustellen.

Auch hat der Verlust an landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Baumaßnahmen und Bodendegradierung einen besorgniserregenden Umfang erreicht. Nach Angaben der Weltlandwirtschaftsorganisation FAO werden zwar bisher lediglich 36 Prozent der theoretisch landwirtschaftlich nutzbaren Fläche genutzt. Die Umwandlung bisher nicht genutzter Flächen ist aber nicht unproblematisch: Durch Brandrodung von Waldflächen, die Umwandlung tropischer Mooregebiete oder die ackerbauliche Nutzung von Grünland und Steppenflächen, können erhebliche negative Auswirkungen auf das Erreichen anderer wichtiger globaler Ziele wie dem Klimaschutz oder der Bewahrung der Schöpfung verbunden sein. Auch besteht bei der Umwidmung dieser Flächen ein hohes Degradierungsrisiko. Ziel muss daher vor allem die Rückgewinnung degradierter Böden, die Verbesserung von Landmanagement und Landnutzungsplanung, sowie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf bereits landwirtschaftlich genutzten Flächen sein. Dabei muss vor allem auf die standortgerechte Verbesserung des landwirtschaftlichen Managements und die Erhöhung der Ertragspotentiale gesetzt werden. Dazu sind erhöhte Anstrengungen der Agrarforschung unter Einschluss der Biotechnologie sowie der landwirtschaftlichen Ausbildung und Beratung notwendig. Auch ist es wichtig, die Selbstorganisationspotentiale der Landwirte zu stärken und agrarstrukturelle Probleme oder agrarpolitische Defizite in einzelnen Entwicklungsländern gezielt anzugehen und zu überwinden.

Doch allein auf die Landwirtschaft und die Förderung von Kleinbauern zu setzen, wäre zu kurz gegriffen. Eine zukunftsorientierte, weltweit orientierte Politik Deutschlands und die nationalen Politiken der Entwicklungsländer müssen auf die Transformation ländlicher Räume durch eine differenzierte nachhaltige Entwicklung abzielen. Dies bedeutet: Entwicklungsmaßnahmen müssen das wirtschaftliche, soziale, ökologische und Infrastrukturgefüge des gesamten ländlichen Raums umfassen. Da viele Kleinbauern die Landwirtschaft nicht aus Berufung, sondern aus Mangel an Alternativen betreiben, ist es - auch um die Potentiale zur Produktivitätssteigerung zu erhöhen - von zentraler Bedeutung, Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft zu eröffnen. Dazu gehört auch, die Attraktivität der ländlichen Räume durch eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu erhöhen und die Marktanbindung durch Ausbau der materiellen Infrastruktur zu verbessern. Damit würde auch der für den landwirtschaftlichen Produktionserfolg essentielle vor- und nachgelagerte Bereich – z.B. Landhandel und Agrartechnik - gestärkt. Dies wäre ein signifikanter Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im ländlichen Raum und zur Verminderung des Abwanderungsdrucks.

Vor allem in den ärmsten Entwicklungsländern ist die Landwirtschaft eine tragende Säule des Wirtschaftslebens. Rund 56 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. In vielen Ländern Afrikas machen landwirtschaftliche Produkte ein Drittel des Exportvolumens aus. Eine zentrale Herausforderung ist es daher, die weltweiten Handelsbeziehungen so umzugestalten, dass einerseits die Exportmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern erweitert und gleichzeitig die Störung lokaler Märkte in Entwicklungsländern vermieden werden.

Die prekäre Lage in den ländlichen Räumen der Entwicklungsländer und die fragile Ernährungssituation sind keine Probleme, die uns nur aus philanthropischen oder humanitären Erwägungen heraus berühren. Die darin liegenden Herausforderungen haben wegen der sicherheits-, wirtschafts-, umwelt- und migrationspolitischen Folgen globale Auswirkungen und damit auch auf uns in Deutschland.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion halten daher folgende Maßnahmen seitens der Entwicklungsländer und der internationalen Gebergemeinschaft für erforderlich, um der globalen Herausforderung „Sicherung der Welternährung“ zu begegnen:

1. Die Vernachlässigung ländlicher Räume und der Landwirtschaft muss ein Ende haben. Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft müssen als Schlüsselsektoren für nachhaltige Entwicklung betrachtet und entsprechend unterstützt werden.
2. Die Entwicklungspotentiale ländlicher Räume müssen in ihrer Gesamtheit betrachtet, gefördert und unter Einbeziehung lokaler Vorstellungen und Lösungsansätze ein integrierter Ansatz verfolgt werden, der das wirtschaftliche, soziale, ökologische und Infrastrukturgefüge unter Berücksichtigung zentraler Nachhaltigkeitskriterien transformiert. Dabei ist insbe-

sondere auf die Verbesserung ländlicher Beschäftigungsoptionen und den Ausbau der Bildungs- und Gesundheitsversorgung abzielen.

3. Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und auch zur Stützung nichtlandwirtschaftlicher Produktion im ländlichen Raum müssen die infrastrukturellen Rahmenbedingungen, insbesondere die Infrastruktur für Verkehr, Vermarktung, (Mikro-) Kreditfinanzierung, Kommunikation, Betriebsmittelversorgung, Wasser und Energie verbessert werden.
4. Vorrang vor der Umwandlung von Naturflächen in landwirtschaftliche Nutzfläche muss die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft haben. Dazu müssen standortgerechte Bewirtschaftungsmethoden sowie Entwicklung und Anbau standortangepasster Ackerkulturen unterstützt werden, die die Bodendegradierung verhindern. Zusätzlich muss auf die Wiedergewinnung degradierter Flächen und eine Verbesserung der Landnutzungsplanung abgezielt werden. Bei der Umwandlung von Naturflächen muss eine sorgfältige Abwägung im Hinblick auf mögliche negative Auswirkung auf die biologische Vielfalt und den Klimaschutz getroffen werden. Flächen mit hoher Biodiversität und hohem Speicherungspotential für klimaschädliche Gase, wie tropische Regenwälder und Moore, müssen dauerhaft von der Umwandlung in landwirtschaftliche Nutzung ausgeschlossen werden.
5. Die Entwicklungspolitik muss dazu beitragen, die Rahmenbedingung zur Verbesserung der Produktivität über lokale Lösungen zur Überwindung struktureller und politischer Defizite zu verbessern. Dazu gehören die Beratung und die Flankierung von Agrarreformen, die Förderung der Selbstorganisation der Landwirte, sowie die Erarbeitung agrarpolitischer Leitlinien, die eine Steigerung der Produktion stimulieren.
6. Die Ausbildung von landwirtschaftlichen Fachkräften aus und in Entwicklungsländern muss intensiviert, die internationale Agrarforschung und die Unterstützung nationaler Agrarforschungssysteme müssen ausgebaut werden. Der Know-How-Transfer zwischen den verschiedenen Wirtschaftszonen könnte durch Jugendaustauschprogramme gefördert werden. Die Agrarforschung sollte sich dabei auch moderner Methoden unter Einschluss der Biotechnologie bedienen. Sie muss aber darauf abzielen, Lösungen zu finden, die im lokalen Kontext finanzier- und technisch umsetzbar sind, sowie den lokalen Ernährungsgewohnheiten entsprechen.
7. Entwicklungsländer müssen ihre internen Rahmenbedingungen so gestalten, dass die landwirtschaftliche Produktion einen bezahlbaren Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln ermöglicht.
8. Entwicklungsgeber müssen bei der Vergabe von Nahrungsmittelhilfe dafür sorgen, dass alle Maßnahmen unterbleiben, die die Selbsthilfekräfte der Bevölkerung schwächen und negative Auswirkungen auf die lokalen Agrarmärkte haben.

9. Entwicklungsländer müssen dafür Sorge tragen, dass ihrerseits keine Marktverzerrungen durch Umwelt- und Sozialdumping entstehen.
10. Entwicklungs- und OECD-Länder müssen die weltweiten Handelsbeziehungen so umgestalten, dass einerseits die Exportmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern erweitert und gleichzeitig direkte und indirekte Störung lokaler Märkte in Entwicklungsländern vermieden werden

Dazu muss darauf hingewirkt werden:

- die WTO-Verhandlungen und die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Staaten entwicklungsorientiert abzuschließen Dabei muss darauf geachtet werden, dass ärmeren Entwicklungsländern zeitlich begrenzte Schutzmechanismen zugestanden werden;
- marktverzerrende Agrarsubventionen deutlich abzubauen und alle handelsverzerrenden Agrarexportfördermaßnahmen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen weltweit abzuschaffen;
- den Handel der Entwicklungsländer über zielgerichtete Entwicklungsmaßnahmen zu unterstützen und dabei auch insbesondere den Handel der Entwicklungsländer untereinander zu fördern.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
1 Zehn11 Berlin
Foto: www.Pixelio.de